

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

16.3.1866 (No. 64)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 16. März.

N. 64.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufsgebühren: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 8. März d. J. gnädigst bewogen gefunden: dem Geh. Rath Professor Dr. Nau in Heidelberg die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu ertheilen, den ihm von Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland verliehenen St.-Annen-Orden zweiter Klasse anzunehmen und zu tragen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 5. März d. J. allergnädigst bewogen gefunden: den Registrator Stahl bei dem Verwaltungshof bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 15. März. 16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Handelsministeriums, Staatsrath Dr. Mathy, Geh. Referendar Dr. Diez und Ministerialrath Muth; später Ihre Erz. die H. Staatsminister Dr. Stabel und Frhr. v. Edelsheim, sowie Geh. Legationsrath v. Pfeuffer.
Nach Eröffnung der Sitzung zeigt das Sekretariat die eingekommenen Petitionen an; der Abg. Diez hierauf den druckfertigen Bericht über den Gesetzentwurf, die Besteuerung der Wanderlager betreffend.

Der Tagesordnung gemäß wird die Berathung des vom Abg. Paravicini erstatteten Berichts über das ordentliche Budget des Handelsministeriums fortgesetzt.
Eigentlicher Staatsaufwand. Tit. II, für Landesgehit, werden je 86,338 fl. verlangt. Der Bericht bemerkt zu § 16, „Gehalte“:

„Es ist schon bemerkt, daß die Pferdebezüge in unserm Lande von keinem Privaten in der Ausdehnung betrieben wird, als daß es leicht Personen gäbe, welche das Geschäftswesen außer praktischer Übung durch besonderes Studium kennen lernen, wenn solche nicht allenfalls unter der Zahl der tüchtigeren Thierärzte zu finden wären. Es wird daher nichts dagegen einzumenden sein, wenn groß. Regierung durch Errichtung der Assistentenstelle einem jüngern Manne Gelegenheit gibt, sich in diesem Fach praktisch und theoretisch auszubilden, vorausgesetzt, daß er die erforderlichen Vorkenntnisse und Lust zu diesem Fach besitzt.“

Der Abg. Koder trägt auf Stich der geforderten 1000 fl. für den Gehalt eines Assistenten beim Landstallmeister-Amt an, weil voraussichtlich dadurch eine Staatsdiener-Stelle entstehe; zudem sei nach seiner Meinung besagte Anstellung nicht notwendig.

Abg. Kopyer stimmt dem Vorredner bei; der Abg. Paravicini rechtfertigt die Ansicht des Berichts.

Geh. Referendar Dr. Diez: Tüchtige Leistungen erfordern nicht bloß Kenntnisse, sondern auch Erfahrung. Zu Erlangung letzterer glaubte die Regierung Gelegenheit geben zu müssen. Der Gehalt sei nicht zu hoch, wenn man genügende Auswahl haben wolle. Die Regierung habe einzig das Interesse der Pferdebezüge im Auge gehabt, und empfehle die Position der Genehmigung.

Die Abgg. Schaaff, Kirsner und Federer unterstützen vollkommen den Kommissionsantrag, welcher sofort angenommen wird; in gleicher Weise wird der für die Hofbeschlagshule geforderte Betrag mit 800 fl. genehmigt.

Tit. V., Wasser- und Straßenbau, erfordern je 1,129,080 fl., welche bewilligt werden, für 1867 aber nur mit Abzug von 150 fl. Heizungskosten betreffend.

Zu § 2, Gehalte der Straßenmeister, bemerkt der Bericht: „In der abgelaufenen Budgetperiode waren aber 412 Stunden Staatsstraßen zu unterhalten, während diese Obliegenheit nur noch für 393 1/2 Stunden vorhanden ist. Es wird nun zur ordnungsmäßigen guten Unterhaltung der Staatsstraßen für eine Stunde 1000 fl. angenommen und sind hierzu 393,200 fl. erforderlich; es bleiben daher nach Abzug der Unterhaltung der Diederheimer Brücke, welche diesem Etat zugewiesen ist und jährlich 4000 fl. fordert, noch für gewöhnliche Neubauten und Reservefonds 47,700 fl. übrig. In Berücksichtigung, daß die Preise der Materialien und der Arbeitslöhne gestiegen sind, und man behält von einer guten Unterhaltung der Straßen nicht absehen möchte, will man nichts dagegen einwenden, in der Voraussetzung jedoch, daß bei fortgesetzter Verminderung der Staatsstraßen diese Position gleichfalls eine entsprechende Herabsetzung erfahren werde.“

Ministerialrath Muth: Unter gewissen Verhältnissen mag diese Bemerkung begründet sein. Inbesseren seien von den Inspektionen Berichte eingezogen, wornach eine Erhöhung des Aufwandes für Staatsstraßen absolut geboten erscheine. Diese Mehrausgabe wäre diesen Relationen zufolge von der großen

Trockenheit des vorigen Jahres her. Ein anderer Grund zum Mehraufwand bestche in Ausbesserung der Straßenwerkstoffe, welche, wenn sie auch nur auf 10 bis 15 fl. sich beläuft, dennoch bei der großen Zahl derselben eine nicht unbeträchtliche Summe in Anspruch nehmen, so daß sich der Reservefond eigentlich auf 14,800 fl. stelle, welcher gewöhnlich für Verbesserung der wichtigeren Binnstraßen verwendet werde. Nur noch die frequenteren Staatsstraßen erscheinen im Budget, für deren Unterhaltung auch entsprechend mehr vorausgesehen werden müsse. Grundlag der Regierung sei, alle den Eisenbahnlagen parallelen Straßen aus dem Staatsstraßen-Verband auszuschneiden.

Der Abg. Schaaff bemerkt, die Regierung möchte etwas weniger ökonomisch bei Zuteilung der Staatsstraßen an die Gemeinden sein, indem dadurch diesen oft zu große Lasten aufgebürdet würden.

Abg. Gerwig weist nach, daß diese Beschuldigung der Regierung jedes thatsächlichen Anhaltspunktes entbehre.

Nach einigen Bemerkungen der Abgg. Koder und Paravicini gibt der Abg. Kirsner der Regierung die Versicherung, daß, wenn sie diese Auseinandersetzung früher gegeben hätte, die Kommission dieselbe zur Grundlage genommen haben würde. Doch besitze die Regierung in dem Grad das Vertrauen der Kammer, daß sie nur vollständig begründete Ueberlegungen vornehme, und dieser Weg bleibe ihr auch jetzt offen.

Bei § 3 „Beitrag zur Offenhaltung der Winterbahnen“ nimmt der Abg. Tritschler Anlaß, zu bemerken, daß besonders kleinen Gemeinden oft zu große Kosten hiebei zufallen, jeder Verkehr sei bei der ungenügenden Abhilfe oft wochenlang unterbrochen; die Regierung wolle solchen Gemeinden hinfällige Unterstützung zu Theil werden lassen durch Verdoppelung des Budgetsages.

Die Abgg. Sachs und Hebling bestätigen die vom Vorredner angeführten Mängel unter Anführung mehrerer Beispiele. Auch der Abg. Schaaff spricht für eine Erleichterung der Gemeinden in dieser Beziehung.

Ministerialrath Muth: Im Jahr 1846 sei zum ersten Mal diese Position mit 6000 fl. aufgenommen worden, und es hätte sich in der Folge gezeigt, daß diese Summe nie zur vollen Verwendung gelangte. Die Frohnden seien seit 1848 wesentlich erleichtert, indem die Männer nur vom 18. bis 45., die Frauen vom 18. bis 40. Jahre in der Woche einen Tag solche zu leisten hätten; was weiter nöthig falle, werde mit 20 kr. Taglohn vergütet. Uebrigens werde es sich, wie immer, die Regierung zur Aufgabe machen, eine Erleichterung derjenigen Gemeinden eintreten zu lassen, die ökonomisch durch diese Leistungen zu hart bedrückt werden.

Abg. Gerwig: Wo eine Frohnleistung in einer so immensen Ausdehnung stattfindet wie auf dem Schwarzwald, kann es, ohne ungerecht zu werden, mit einer Vergütung von 20 kr. per Tag nicht abgethan sein. Die Regierung wolle daher die betreffende Verordnung einer zeitgemäßen Revision unterwerfen und das Vermögen der einzelnen Gemeinden der Beitragsberechnung zu Grunde legen, über die hinaus die Gemeinde nicht weiter belastet werde.

Der Antrag findet allgemeine Unterstützung und wird angenommen.

Der Abg. Federer dankt der Regierung in warmen Worten Namens der Gemeinde Griesheim für die auf dortiger Gemartung vorgenommenen Rheinbauten.

Die übrigen Budgetforderungen werden ohne Diskussion genehmigt.

Die Tagesordnung führt weiter zum Bericht über das Budget des großh. Staatsministeriums und des Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten für 1866 und 1867, erstattet vom Abg. Hebling.

Großh. Staatsministerium. Alle Positionen werden genehmigt.

Staatsminister Dr. Stabel: Die im Bericht ausgesprochene wohlwollende Anerkennung habe ihn sehr erfreut. (Es wird nämlich für den Hrn. Präsidenten des Staatsministeriums mit Beschränkung auf seine Person eine Miethzins-Entschädigung von 900 fl. unter Anerkennung seiner Verdienste bewilligt.) Von der thatsächlich derselben zu Grunde liegenden unrichtigen Unterstellung aber wolle er jetzt nicht sprechen, da sie für das Resultat von ganz untergeordneter Bedeutung sei, und behalte er sich nur vor, die Berichtigung bei der Budgetkommission selbst vorzunehmen.

Ministerium des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Abg. Kries: Seit vielen Jahren hat das vorliegende Budget in diesem Hause dazu Veranlassung gegeben, daß die Blicke der Volksvertreter über die Grenzen des badischen Landes hinaus gelenkt wurden auf den Gang und Stand der politischen Verhältnisse in unserm großen deutschen Vaterlande. Lange glaubte man, daß allen Aengsten und Nöthen, allen Bekümmernissen und Sorgen über deutsche Fragen sofort abgeholfen werden könne, wenn nur die Mitglieder der Bundesversammlung in Frankfurt andere Wege beschreiten, andere Ziele für ihr Thun und Lassen aufstellen wollten. Langsam reifte die Einsicht, daß man ein Symptom

mit der Ursache verwechsle, — aber die Ansicht behielt hier Hausrecht: es heiße nicht die Gelegenheit vom Zaun brechen, sondern es sei zur Sache gehörig, an dieser Stelle der für Deutschland gemeinsamen politischen Sorgen und Hoffnungen zu gedenken. Und so werden auch Viele von Ihnen, m. H., sich noch mit Wehmuth der Stunde erinnern, als letztmals unter seitdem so schwer heimgesuchter Kollege Häuffer in gewohnter Bereitschaft der wichtigsten Tagesfrage, der schleswig-holsteinischen Sache, gedachte und der Vorgänger des jetzigen Hrn. Ministers der auswärtigen Angelegenheiten nach der von der großh. Regierung bei solchen Anlässen beobachteten Gewohnheit die Haltung und die Aussichten des auswärtigen Amtes in dieser Sache skizzirte. Die Hoffnung, welche wir damals hegten rücksichtlich einer baldigen Lösung, welche Deutschland und die Herzogthümer gleichmäßig werde befriedigen können, ist nicht in Erfüllung gegangen; es ist im Gegentheil gerade die Pein des gegenwärtigen Zustandes, welcher mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen. Und ich hoffe, Sie billigen meinen Entschluß, daß wir allen jenen Klügelien und Bekehrungen über die Möglichkeiten des Vortheils, welcher im Schweigen liegen könne, nichts als die schlichte Mahnung unseres Gewissens entgegensehen, die immer wieder darauf zurückkommt, daß deutsche Volksvertreter in solcher Lage nicht schweigen dürfen.

Wir können uns auch überzeugt halten, daß, wenn irgend eine deutsche Volkssammer die Voraussetzung für sich hat: in der Geltendmachung von Rechten und Interessen des deutschen Volkes zugleich einer unbefangenen Würdigung der besondern Stellung und Leistungen der deutschen Großmächte und insbesondere Preußens eingedenk zu bleiben, dies von der Zweiten badischen Kammer gelten muß. Um von Andern zu schweigen, so ist wohl nirgends so unumwunden und nachdrücklich, wie ebend von der großen Mehrheit dieses Hauses die Bestimmung Preußens zur Führerrolle für eine Neugestaltung Deutschlands anerkannt worden, und mitten in unserer großen Betrübnis darüber, daß es den deutschen Bundesstruppen versagt wurde, den Krieg in Schleswig zu führen, haben wir den Siegesstufen der österreichischen und der preussischen Armee unsere freudige Anerkennung öffentlich bezeugt.

Wir sind auch unbefangene genug, um zwischen Dem, was die Maßnahmen eines zeitweiligen Ministeriums in Preußen betrifft, und Dem, was von dem Volk und dem Staat Preußens gelten muß, zu unterscheiden, wie wir es auch nicht beanspruchen, vielmehr den betreffenden Preußen selbst überlassen, das Urtheil vom partikularistischen, vom spezifisch-preussischen Standpunkt aus festzustellen. Um so weniger trage ich dann aber auch Bedenken, vom Standpunkt des deutsch-nationalen Rechts und Interesses aus dem Gefühl des Schmerzes über den Verlauf der Dinge in Schleswig-Holstein öffentlich Ausdruck zu geben.

Ich will, m. H., keineswegs auf die früheren Stadien dieser Frage zurückkommen, noch mich auf Einzelheiten einlassen, welche von den streitenden Parteien nicht bloß verschieden beurtheilt, sondern auch verschieden erzählt werden. Ich begnüge mich damit, Folgendes in Kürze zu konstatiren:

Die schleswig-holsteinische Frage ist aus einer deutschen Frage, aus einer Angelegenheit der deutschen Bundesstaaten, welche sie für das deutsche Volk von jeher war, in dem ganzen letzten Verlauf immer entschiedener zu einem ausschließlichen Verhandlungsobjekt für die beiden Großmächte gemacht worden. Dadurch mußte sie — entgegen einem während des Kriegs glücklich erreichten Ziele — immer mehr wieder auch den Charakter einer internationalen Frage annehmen. Meine Herren, dies Wort wird genügen, um die Berechtigung und die Größe unserer Besorgnisse für den schließlichen Ausgang der Sache auf dem betretenen Wege hinlänglich festzustellen. Wenn es an greifbaren Belegen über diese Gefahr noch mangelt, der möge nur die letzten Verhandlungen in dem Gesetzbuch. Körper Frankreichs lesen! Müßen wir, die wir den Lockspeisen der Fremden gegenüber auch das steinharte Brod der deutschen Einheit unter dem Bundestag heilig halten, nicht im Innersten erbeben, wenn man uns auf diesem Wege hier eine Aussicht auf einen Bruderkrieg, dort eine auf Sonderbündnisse mit dem Ausland eröffnet?

Ich beklage es sodann, daß durch die eingetretene Behandlung der schleswig-holsteinischen Sache das politische Gewissen des deutschen Volkes so hart beirrt und verwirrt worden ist. Man muß freilich annehmen, daß es viele Leute gibt, welche dieser Sache kein Gewicht beilegen, und Viele um so weniger zu belehren sind, je mehr sie in politischen Dingen nur auf den nächsten Erfolg zu blicken für klug halten. Mir erscheint die Thatsache so ernst und schwer, so folgenreich, daß ich Anstand nehme, meine Gedanken darüber hier weiter auszusprechen. Es handelt sich dabei um ganz andere Dinge, als um die Erwägung der alten Kontroverse, ob die Gebote der privaten Moral auch für die Regierung auf dem Gebiete der Politik Platz greifen oder nicht. Es ist auch ein ganz eitler Wahn, daß es gelingen könne, eine Gewissensstimmung im Volke durch einige neue Sentenzen und Schlagwörter und durch energischen Gebrauch einer formgewandten Sophistik unzugänglich zu machen.

Wir ist fernerhin zweifellos, daß auf dem jetzt theils in Angriff genommenen, theils in Aussicht gestellten Wege der

Behandlung Schleswig-Holsteins die Hoffnungen und Aus- sichten aller spezifisch deutschgeleiteten Männer für die Zu- kunft Deutschlands im Ganzen schwer bedroht sind.

Denn dieser Weg — es kann nicht anders sein — führt zu steigender Verbitterung zwischen deutschen Volksstämmen; er macht die, zwar mit Opfermuth, aber dann auch mit guter Aussicht zu bekämpfenden Einreden der Fremden gegen das Wachsthum der Einheit Deutschlands zu Einreden gegen das Wachsthum einer spezifisch preussischen Großmacht, welche die durch keine Rücksicht auf nationale Volksinstinkte behinderten Gleichgewichtsinteressen der übrigen Großmächte mittelst Transaktionen und Kompensationen zu beachten habe. Soll aber auch nur eine kleine Aussicht verbleiben, bei einem Fort- schreiten auf diesem Wege die anstürmenden Begehren der Fremden abzuwehren, so könnte dies höchstens von einer rück- sichtslosen Verständigung zwischen deutschen Mächten auf dem Boden des Dualismus geschehen, d. h. der größten Gefahr für den Gewinn oder Fortbestand der politischen Einheit deutscher Nation.

Was endlich zur Stunde für sich genommen den verbreitet- sten und stärksten Anstoß erregt, das ist die über Schleswig- Holstein schwebende Drohung, daß die Mitwirkung des Volks in seiner gesetzlich geordneten Vertretung für die zukünftige Konstituierung der Landesverhältnisse ganz bei Seite gesetzt werde. Das Land, das Jahrzehnte hindurch die deutschen Brudervölker zum Schutz seiner bedrohten politischen Rechte anrief und dessen Erlösung aus fremder Bergewaltigung be- wirkt werden sollte, würde schließlich dem Schicksal einer wil- lenlosen Kriegsbeute verfallen, die Bevölkerung eines an sich rechtlich geordneten Gemeinwesens mündelnd ihr politisches Schicksal entschieden finden.

Meine Herren! Wir haben es bei einer frühern Gelegen- heit offentlich ausgesprochen, daß allerdings die Bewahrung aller partikularen Rechte und die Konstituierung einer wirklichen Zentralmacht in Deutschland unmdglich zugleich erlangt wer- den können; wir haben trotz der glücklichen Sonderlage un- seres Landes und trotzdem, daß Baden einen, so viel ich sehe, überall im deutschen Volk anerkannten Beweis geliefert hat, daß ein selbständiger Mittelstaat den großen Beruf der vor- bildlichen Verwirklichung eines freien Staates erfüllen kann — wir haben trotz Allem die unvermeidliche Nothwendigkeit anerkannt, daß zum Heil eines geeinigten Deutschlands auch Opfer in den Einzelstaaten gebracht werden müssen. Das schleswig-holsteinische Volk nimmt aber durchaus keine spröb- partikularen Stellung ein. Ohne daß wir hier jetzt unter- suchen wollen, wer das Maß der von den Einzelstaaten zu Gunsten der Zentralgewalt zu bringenden Opfer zu bestimmen habe und zu wessen Gunsten sie in jetzt bestehenden Verhält- nissen deponirt werden sollten, konstatire ich, daß man genü- gende Beweise der Bereitwilligkeit gegeben hat, an den preußi- schen Staat eine Reihe gewichtiger Zugeständnisse in der Ab- sicht des Anschlusses an eine Deutschlands Interessen vertre- tende Staatsgewalt zu machen. Sie sind, auch nach dem Ur- theil preussischer Volksvertreter, auf alle Fälle hinreichend, um die offizielle Verhandlung zu stützen.

Meine Herren, wir haben bisher, trotzdem daß wir nicht ohne Gegenläufe in der Politik der deutschen Frage sind, die schleswig-holsteinische Frage als ein neutrales, von uns Allen gleich gewahrtes Gebiet angesehen. Es ist möglich, daß Manche von Ihnen über Einzelnes, was ich gesprochen, nach dieser oder jener Seite hin anderer Meinung sind. Aber ich glaube, daß wir zum wenigsten in Einem Alle derselben Ansicht sind, gerade in Demjenigen, worüber wir als Mit- glieder einer deutschen Volkstammer uns auszusprechen die nächste und stärkste Veranlassung haben; ich meine den Satz, daß uns eine schließliche Entscheidung über die Herzogthümer ohne die billige Mitwirkung ihrer Bevölkerung durchaus unzulässig erscheint, und dieser Bevölkerung nicht länger mehr eine definitive Regelung ihres staatlichen Verhältnisses vor- enthalten werden sollte.

Sollten Sie, m. H., hiermit übereinstimmen, so möchte ich Sie bitten, dies durch gemeinsame Erhebung kund zu geben.

Sämmtliche Mitglieder der Kammer erheben sich. Staatsminister Frhr. v. Edelsheim: Die großh. Re- gierung hat der Sache der Herzogthümer von Anfang an und als eine der ersten in Deutschland ihr warmstes Interesse zu- gewendet. Sie hat wiederholt sowohl in diesem als dem an- deren hohen Hause, sowie am Bundestag ihren Standpunkt offen dargelegt.

Nach einer Richtung hin sind die Wünsche der Herzog- thümer bereits erfüllt; ihre Verbindung mit Dänemark ist für immer gelöst. Und was die andere Seite der Frage betrifft, so hält die Regierung die Hoffnung fest, daß auch die innere Gestaltung Schleswig-Holsteins schließlich eine seinen eigenen wie den deutschen Wünschen und Interessen entsprechende Lösung erhalten werde.

Weiter in das Detail der Frage einzugehen, ist die großh. Regierung zu ihrem Bedauern z. B. nicht in der Lage.

Bei dem augenblicklichen Ernst der Verhältnisse, welche schwere Besorgnisse für die nächste Zukunft Deutschlands auf- kommen lassen, würde es dem Interesse der Sache wie des hiesigen Landes kaum entsprechen, die Regierung in der Wahl der Mittel und Wege im Voraus zu binden; vielmehr ist es in diesem Interesse geboten, sich die Möglichkeit zu erhalten, nach den sich ergebenden Umständen jeweils die obigem Zweck am meisten entsprechende Haltung zu wählen.

Der Präsident erklärt, daß die vom Abg. Knies bean- tragte Kundgebung der Kammer, sowie die darauf erfolgte Er- klärung der Regierung zu Protokoll genommen werde.

(Schluß folgt.)
† Karlsruhe, 15. März. 5. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 17. März, Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Interpellation Sr. Durchlaucht des Fürsten Karl zu Löwenstein an das großh. Staatsministerium bezüglich einer Aenderung des Präsidenten großh. Ministeriums des Innern in der Sitzung der Ersten Kammer vom 9. Dez. v. J. 3) Interpellation des Frhrn. v. Göller an den Präsi- denten des großh. Ministeriums des Innern in Betreff des

evangelisch-protestantischen Predigerseminars zu Heidelberg. 4) Berathung der Berichte der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1862 und 1863 a) des großh. Justizministeriums, erstattet vom Oberhofge- richtsadvokaten Dr. Bertheau; b) des großh. Finanzmini- steriums, erstattet von Artaria; c) der Post-, der Eisen- bahnbetriebs-, der Bodensee-Dampfschiffahrts-Verwaltung und des Antheiles der großh. Staatskasse am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn, erstattet von Dennig. 5) Berichte der Petitionskommission. 6) Vornahme einer Erfragwahl für die Kommission wegen der Gesekentwürfe, die Ministerver- antwortlichkeit betreffend.

† Karlsruhe, 15. März. 17. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 17. März, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des von dem Abg. Heidenreich erstatteten Berichtes der Budgetkommission über das Budget des großh. Finanzministeriums für die Jahre 1866 und 1867: Tit. VI Münzverwaltung. Tit. VII Allgemeine Rassenverwaltung. Tit. VIII Eigentlicher Staatsaufwand des Finanzministeriums.

Deutschland.

Karlsruhe, 15. März. Das heute erschienene Regierungs- blatt Nr. 14 enthält (außer Personalnachrichten):

1. Gesetz, die frühere Einberufung der Rekruten be- treffend. Daburd wird das Kriegsministerium ermächtigt, die Rekruten jeweils am 1. März in Dienst zu rufen. In diesem Fall ist überall, wo die Konstriptionsgesetzgebung den 1. April als Frist bezeichnet, der 1. März die gesetzliche Frist. II. Todesfälle. Gestorben sind: Am 14. Dez. v. J. der pensionirte Amtmann Umrath in Karlsruhe. Am 14. v. M. der pensionirte Staatsminister v. Meyenburg in Karlsruhe. Am 27. v. M. der Kriegsministerial-Regi- strator K. Stulz in Karlsruhe.

München, 13. März. Wie der „Münch. Corr.“ meldet, hat Frhr. v. d. Pforden den Staatsrath Ringelmann als künftigen Kultusminister in Vorschlag gebracht, und wird hierbei von Seite der anderen Staatsminister, insbesondere des Frn. v. Bomhard, unterstützt. Daß dieser Vorschlag zum Ziel führen werde, wird wohl vielfach behauptet, scheint jedoch in diesem Augenblick noch nicht entschieden zu sein. — Der Gesetzgebungsanspruch der Abgeordnetenkammer hat sich bis nach den Osterfeiertagen vertagt.

Darmstadt, 13. März. Die „Hess. Vdsztg.“ versichert, daß die Regierung in Bälde die Aufhebung der Plizeitar- anordnungen, eine Maßregel, die bei der nummehr gänzlich veränderten Lage der Dinge dringend geboten erscheine.

Kassel, 15. März. (W. L. B.) Gestern Abend wurden die Stände auf Allerhöchste Ordre vertagt. Vorher fand eine geheime Sitzung statt, worin beschlossen wurde: 1) Die Ständeversammlung erklärt Angesichts der Lage des Landes: Die Staatsregierung verweigert gegen die Lan- desverfassung, gegen den Bundesbeschluß vom 24. Mai 1862, gegen fürstliches Wort die volle Wiederherstellung des Landes- rechts, vernachlässigt trotz unausgesetzter Mahnung der Stände fortwährend die Interessen der geistigen und materiellen Wohlfahrt des Landes; 2) Verwahrung gegen die Folgen solcher Mißregierung; 3) gegen Ex-Justizminister Pfeifer und Justizminister Abee Anklage auf Verfassungsver- letzung wegen Nichtzurückziehung des provisorischen Gesetzes von 1851, welches die gesetzliche Mitwirkung der Stände bei Besetzung des Oberappellationsgerichts beseitigt. Die bereits entworfenen Anlagenschriften wurde genehmigt und der bleibende Ständeausschuß mit der Ausführung beauftragt.

Koburg, 12. März. (Kob. Z.) Der gemeinschaftliche Landtags-Ausschuß ist auf den 14. d. nach Gotha zur verfassungsmäßigen Prüfung der Rechnung über die ge- meinschaftlichen Ausgaben der Herzogthümer Koburg und Gotha auf das Rechnungsjahr vom 1. Juli 1864 bis ein- schließlich 30. Juni 1865 einberufen.

Kiel, 14. März. (W. L. B.) Das Verordnungsblatt für Holstein veröffentlicht die Etappenkonvention, welche für die Preußen aus der Konvention von Gastein zustehen- den beiden Militärstrafen von Hamburg nach Rendsburg und von Lübeck nach Kiel zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossen ist.

Schleswig, 14. März. (W. L. B.) Hier war das Gerücht verbreitet, daß der Prinz Friedrich von Augusten- burg am 12. d., Abends, von Kiel nach Roer gereist sei, und es waren deshalb Maßregeln getroffen, ihn beim Betreten des schleswigischen Bodens zu verhaften. Der Prinz kam je- doch nicht; die bei der Besetzung der Leiche des Prinzen von Augustenburg-Roer beabsichtigte Demonstration war Tags zuvor abbestellt. Die Fete verlief ungeführt.

Schleswig, 14. März. (W. L. B.) Eine königl. Ver- ordnung für das Herzogthum Schleswig, betreffend die Be- strafung feindlicher Handlungen gegen die in Gemäßheit des Vertrages von Wien und der Konvention von Gastein dem König von Preußen und dem Kaiser von Oesterreich in Schleswig und Holstein zustehenden Souveränitätsrechte, be- droht diejenigen, welche einer andern landesherrlichen Auto- rität in den beiden Herzogthümern oder in einem derselben ge- waltfam Geltung verschaffen wollen, mit Zuchthaus von 5 bis 10 Jahren; wenn ein derartiges Unternehmen durch Hand- lungen noch nicht begonnen hat, mit 2—5 Jahren; eine gleiche Strafe trifft Denjenigen, der zur Vorbereitung eines derarti- gen Unternehmens sich mit einer auswärtigen Regierung ein- läßt, oder die ihm vom Staate anvertraute Macht mißbraucht oder Mannschaften anwirbt oder einlößt. Ferner wird mit Gefängniß von drei Monaten bis zu fünf Jahren Derjenige bestraft werden, der ein derartiges Unternehmen durch andere Handlungen vorbereitet, der öffentlich, durch Rede oder Schrift, zu einem derartigen Unternehmen oder zu einer dasselbe vor- bereitenden Handlung auffordert, sowie Derjenige, der durch Rede oder Schrift oder durch anderweitige Kundgebung den

dem König und dem Kaiser von Oesterreich in den Herzog- thümern zustehenden Souveränitätsrechten zuwider einen An- dern für den rechtmäßigen Landesherren erklärt oder als sol- chen bezeichnet.

Berlin, 14. März. Hiesigen Blättern zufolge wird sich die Königin Augusta in der ersten Hälfte des nächsten Mo- nats zu einem längern Aufenthalt nach Koblenz begeben und dann von dort nach Baden-Baden gehen. — Sr. Maj. der Königin hatte Dienstag Vormittag eine längere Unterredung mit dem aus Lauenburg hier eingetroffenen Regierungsprä- sidenten Graf Kielmannssegge, welcher seit seiner An- wesenheit in Berlin bereits wiederholt vom Ministerpräsidenten Graf Bismarck zu Konferenzen empfangen worden war. Graf Kielmannssegge, der zur Tafel gezogen wurde, kehrte Abends nach Lauenburg zurück. — Seit vorgestern sind hier Schugleute eifrig damit beschäftigt, die in den einzelnen Häu- sern wohnenden Reservirten und Landwehrmänner nach den Polizeirevier-Büreaus zu bestellen. Dort erhalten dieselben Gestellungsordres zu den Kompanie-Kontrollver- sammlungen. Zweck dieser Maßregel ist, wie die „Nordb. Allg. Ztg.“ vor kurzem ausführlich mitgetheilt hat, eine ge- naue Inforierung darüber, wie schnell hier in Berlin für den Fall einer Mobilmachung die Gestellung der Augmen- tationsmannschaften herbeigeführt werden kann.

Wien, 12. März. Man schreibt der „Allgem. Ztg.“: Es ist seit einigen Tagen von einem preussischen Kund- schreiber die Rede, welches sich über die durch die Lage der Dinge in Holstein Oesterreich gegenüber geschaffene Stellung verbreite. Das Rundschreiben erlittet, hat aber nicht die Form einer zur Mittheilung an die betreffenden Regierungen bestimmten Depesche, sondern einer bloßen Instruktion an die Gesandten. Der Inhalt schließt sich wesentlich an den bekannten letzten Artikel der „Provinzialkorrespondenz“ an. — Es versteht sich von selbst, daß die Beschlüsse des Mar- schallrats geheim gehalten werden, wie die des Kabinetts- rats und Militärkabinetts in Berlin. Aus dem Wenigen, was dennoch durchsickert, ist folgendes zu entnehmen. Oester- reich will den Eventualitäten nicht unvorbereitet gegenüber- stehen, und trifft die nöthigen Vorkehrungen. Die hier gar- nisonirenden Regimenter „Sachsen“ und „Belgien“ sollen sich bereit halten, unter Umständen nach Böhmen abzugehen. Hiemit hängen wohl auch gewisse maritime Vorkehrungen zu- sammen. Auch an der Herstellung der zur Reparatur in Kiel liegenden Korvette „Friedrich“ wird eifrig gearbeitet. Hierin finden Sie auch die Erklärung für die Vertagung der japanischen Expedition, da man selbstverständlich gegenwärtig unsere besten Schiffe „Friedrich“ und „Schwarzenberg“ nicht entbehren kann. Eine große Anzahl hier anwesender Unter- offiziere hat sich vorgestern nach Pola und Triest begeben. Auch die Vertagung der mexikanischen Rekrutierung steht wohl mit dieser Sachlage im Zusammenhang. An die Beruhigungsartikel der „Nordb. Allg. Ztg.“ will man nicht recht glauben nach der Sprache, welche Graf Bismarck in dem Rundschreiben an seine Vertreter bei den deutschen Höfen gegen Oesterreich führen soll. Auch von neuerlichen Unter- handlungen Preußens mit Dänemark wegen Rückgabe Nord- schleswigs und hiemit im Zusammenhang stehenden Bemühun- gen des Grafen v. d. Goltz in Paris will man wissen, und bringt damit die Reise des dänischen Kronprinzen nach Paris in Verbindung, mit welchem Graf Sponeck zusammenge- troffen ist.

Wien, 14. März. (Fr. P.-Ztg.) Ein Berliner Te- legramm des „Waterland“ meldet, es seien Verhandlungen mit Preußen wegen Abtretung Holsteins bevorstehend. Oesterreichs Vorschläge würden erwartet. Eine Territorial- kompensation gelte als unmöglich.

Oesterreichische Monarchie.

Wesb, 15. März. (W. L. B.) Gestern wurde im Unterhause der Abgeordnete v. Wersel gelesen. Derselbe ver- spricht, den auf die Revision der 48er Gesetze bezüglichen Theil des kais. Reskripts gleichzeitig mit dem auszuarbeitenden Ent- wurf über die gemeinsamen Verhältnisse zu behandeln, und erbittet die faktische Anwendung der Rechtskontinuität. Bezüglich der Stelle des Reskripts, worin der Kaiser die religiö- sen Gefühle für das sicherste Unterpfand des verfassungsmä- ßigen Bestandes des Landes erklärt, wird gesagt: Wenn es die Aufgabe wäre, das Verfassungsrecht für die Dauer einer Generation aufrecht zu halten, würden wir individuell durch diese Erklärung beruhigt sein. Bezüglich der den Krönungszeit betreffenden Stelle des Reskripts heißt es: Nicht nur der gekrönte König, sondern jeder in der Erbfolge gelegentlich den Thron bestiegende Regent gleichfalls soll vor der Krönung zur Beachtung der Gesetze und der Verfassung verpflichtet werden. Endlich wird der Beweis versucht, daß eine ver- antwortliche Regierung die natürliche Konsequenz der 1848 eingeführten Gleichberechtigung sei und die parlamentarische Regierungsform keinen prinzipiellen Gegensatz zum Komita- tsystem bilde. Den Schluß macht die Bitte: Der Kaiser möge das Land von schwerer Besorgniß befreien durch Sicher- stellung des Landes einer Verfassung, welche den Glauben wiedergibt, daß alles durch den vereinigten Willen des Kö- nigs und der Nation Beschlossene auch in fernher Zukunft rechtlich und faktisch bestehen wird. Die Verlesung der Adresse wurde vom Hause beifällig aufgenommen.

Frankreich.

* Paris, 13. März. Adreßdebatte des Gesetzgeb. Körpers vom 12. März.

Heute kamen die beiden von der Opposition zum Paragrafen 7 (Ackerbau) gestellten Amendements zur Diskussion. Zu dem ersten wird gesagt, daß der Ackerbau das Recht habe, eine Herabsetzung der Steuern, die Verminderung des Kontingentes und der unfruchtbareren Beschönerungsarbeiten zu verlangen. Was man begründet den An- trag der Kommission und sucht zu beweisen, daß die schlimme Lage des Ackerbaustandes hauptsächlich in der Entvölkerung des flachen Lan- des, in dem Mangel an Kapitalien und in der Zunahme der Steuern zu suchen sei. Die Landbevölkerung habe ungefähr um 3,500,000

Seelen abgenommen; daran trügen die starken Kontingente und die Auswanderung nach den Etiden die Schuld. Der Mangel an Kapitalen müsse durch die 8 bis 9 Milliarden, welche man nach dem Ausland gesandt habe, erklärt werden. Was die Steuern anbelangt, so lassen diese, Magnin zufolge, viel schwerer auf der Bevölkerung, als der Minister und Präsident des Staatsraths gesagt. Sie seien einestheils höher, als derselbe angegeben, und dann habe er auch die indirekten Steuern und die Octrois ganz außer Acht gelassen. Redner ist für die Handelsfreiheit, meint aber, daß man am Ende damit hätte anfangen müssen, das Freihandels-System im Innern herzustellen und die Octrois abzuschaffen, die schwer auf dem Ackerbau lasteten. Die Steuern auf Zucker, Spiritus &c. seien auch alle zu hoch gegriffen und verteuerten die Produkte in einer Weise, die jede Konkurrenz mit dem Ausland verhindern müßten. Er spricht sich gegen die Wiederherstellung eines jeden Eingangszolles aus. Die Handelsfreiheit könne vorübergehende Wunden schlagen, dieselben würden aber schnell heilen; freilich könne sie, sagt er hinzu, erst ihre vollen Früchte tragen, wenn Frankreich seine politische Freiheit wieder erlangt habe.

Quebec, Joffeau, Marquis d'Andelarre und August Chevalier beteiligen sich hierauf an der Diskussion, ohne jedoch Dinge von besonderem Interesse zu sagen. Das Amendement wurde hierauf, wie zu erwarten stand, verworfen.

Das zweite Amendement der Opposition beantragt, daß die Landwirtschaftliche Untersuchung von dem Gesetzgeb. Körper und nicht von der Regierung gemacht werde. Picard übernahm die Vertheidigung des Antrages, welcher der Regierung sehr unangelegen zu kommen schien, da ihre Freunde die Diskussion mit ihrem „La clôture“ erstickten. Picard sagte geradezu heraus, daß er kein Vertrauen in eine Untersuchung habe, welche die Regierung selbst machen lasse. Wenn man sich allein auf die Beamten verlassen müsse, so könne die Untersuchung keine Frucht bringen; die Beamten würden zu oft durch Rücksichten und persönlichen Interessen geleitet. Die Untersuchung müsse eine freie, offene, für Jedermann zugängliche sein. Wenn man sehe, daß man den französischen Weinbauern verboten habe, sich zu versammeln, um über ihre Interessen zu beraten, weil sie von der Abschaffung der Octrois hätten sprechen können, so wisse man, was eine Untersuchung zu bedeuten habe, die sich in Händen von Leuten befinde, von welchen es notorisch sei, daß sie die Wahrheit in gewissen Fällen nicht an den Tag kommen lassen. Die Untersuchung müsse, wenn sie nicht ein leerer Trost für die ackerbaureibende Bevölkerung bleiben solle, eine parlamentarische sein; verbleibe sie in den Händen der Verwaltung, so würde sie das Schicksal der übrigen von der letzten angestellten Untersuchungen (wie z. B. die über die Bank) haben, und die Fragen würden nicht gelöst, sondern erstickt werden. Die Untersuchung müsse öffentlich gemacht werden, und die Bürger müßten sich versammeln können, um ihre Meinungen auszusprechen. Bei der Einführung der Handelsfreiheit, die er und seine Kollegen mit der Regierung für ein wohlthätiges Prinzip hielten, habe man das Land auch nicht gefragt, und die Regierung, welche sich für unfehlbar halte, habe die ganze Verantwortlichkeit auf sich genommen. Jetzt wolle sie es wieder so machen.

Redner wird hier mehrere Male unterbrochen. Der Deputirte **Roubei** ruft ihm zu: Und die fünfundsiebzig Centimes? (Eine Steuer, welche die Republik einführt und die damals so viel böses Blut machte.)

Picard: Man erinnert an eine bewegte Zeit; heute aber bezahlt man die fünfundsiebzig Centimes mehr als zweimal.

Eine Stimme: Man wendet sie aber anders an.

Picard: Freilich, man gebraucht sie, um den Staatsbeamten Palläste zu bauen! (Sturm. Zur Abstimmung!) Redner gibt nun einige statistische Notizen, um darzutun, daß der französische Ackerbau bis jetzt im Vergleich mit den benachbarten Ländern nur geringe Fortschritte gemacht habe. Er gibt zu, daß Frankreich Eisenbahnen gebaut, aber er fragt: zu welchem Preis und in welchem Maße? (Hier wird der Redner wieder unterbrochen.)

Präs. Bawoiski: Bleiben Sie bei der Frage; die Kammer wird Ihnen dann zuhören.

Picard: Die Kammer hört mir zu, denn sie unterbricht mich. (Gelächter.) Nach mehreren anderen stürmischen Unterbrechungen, an denen sich selbst der Präsident beteiligte, indem er Picard fortwährend zuruft, bei der Frage zu bleiben, entschließt sich derselbe, die Waffen zu strecken. „Man hat“, so meint er, „bisher nur von der Wiedereinführung der Getreidesteuer gesprochen. Heute handelt es sich um die Leiden des Ackerbauers und die Mittel, ihnen abzuhelfen. Diese Mittel waren in unserm ersten Amendement angebeutet. Das zweite gibt die Mittel an, wie die Untersuchung allein ein günstiges Resultat haben kann, und bis jetzt scheint nur Eines klar zu sein, nämlich die Schwierigkeit, seine Meinung über die Untersuchung zu sagen. Will man, daß wir so handeln, wie bei der mexikanischen Frage, daß wir aus Diktation Mißschweigen? Gut, wir werden den Mund halten! (Lärm.) Aber man wird Ihre Unterbrechungen nicht begreifen, wenn wir Zahlen und Thatsachen vorbringen, auf welche die Regierung antworten kann, und man wird es selbst finden, daß, nachdem Sie uns einen Augenblick angehört haben, Sie so eilig sind, uns Schweigen aufzuerlegen. (Lärm.) Was die Untersuchung anbelangt, so kann man behaupten, daß sie eine Chimäre bleiben wird, wenn man die Freiheit der Diskussion, das Versammlungsrecht und die politische Freiheit bei Seite setzt.“

Der Minister und Präsident des Staatsraths, **Dr. Vuitry**, ergreift das Wort, um Picard zu antworten. Er sagt zuerst, daß er die Thatsachen, welche der Redner berührt, unerwähnt lassen werde. **Dr. Picard** habe ihn nicht vorher benachrichtigt, daß er darüber sprechen wolle, und er habe deshalb das Recht, sie bei Seite zu lassen. Er will ihm nur sagen, daß er sehr unkluger Weise die Erinnerung an die 45 Centimes wachgerufen habe.

Picard: Ich antwortete nur auf eine Unterbrechung.

Vuitry: **Dr. Picard** hat gesagt, man bezahle heute das Doppelte; dieses Wort darf sich im Lande nicht verbreiten, ohne eine Antwort erhalten zu haben. (Belanntlich hatte dem Herrn, welchen man über diese 45 Centimes schlug, **Louis Napoleon** im Jahr 1848 zum Theil seine Wahl zum Präsidenten zu danken.) **Vuitry** sagt weiter, es würde von einer Regierung unklug sein, wenn sie von der Herabsetzung der Steuern sprechen wolle, wenn sie noch nicht bereit sei, ein diese Frage betreffendes Projekt den Kammern vorlegen zu können. Um zu beweisen, welche Sympathie der Kaiser für den Grundbesitz habe, erinnert er daran, daß er 1851 die Grundsteuer um 27 Millionen verringert habe. Seitdem hätten sich diese Steuern vermehrt; seit 1803 hatten sie aber nur um 30 Millionen zugenommen. Die 27 Millionen, die man 1851 nachgelassen, würden jetzt zwar wieder erhoben, aber nur deshalb, weil man im Interesse der kleinen Gemein-

den, welche Sigmalwege, Kirchen, Schulen &c. gebrauchten, genöthigt gewesen wäre, wieder Zulagecentimes zu dekretiren. Er bebauert tief, daß **Dr. Picard** mit so großem Wohlbehagen Frankreich mit dem Ausland in denjenigen Punkten verglichen habe, worin es demselben nachstehe. In England belaufe sich übrigens die Steuer pr. Kopf auf 57 Fr. 70 Cent., während sie in Frankreich nur 41 Fr. ausmache. Der Minister und Präsident sagt nun einige Worte über die Art und Weise, wie die Regierung die Untersuchung in's Werk setzen wolle. Wenn dieselbe gemacht sei, so würde der Gesetzgeb. Körper seine Meinung darüber abzugeben haben. Die Untersuchung würde nicht rein administrativer Natur sein; sie würde nicht von Paris aus, sondern in ganz Frankreich gemacht werden. In Paris würde die Hauptkommission ihren Sitz haben und für die Provinz Unterkommissionen ernannt werden. Gegen eine parlamentarische Untersuchungskommission spricht sich der Minister aber mit Energie aus, denn in diesem Verlangen gebe sich Mißtrauen gegen die Regierung kund!

Garnier Pagès macht hierauf eine Bemerkung wegen der 45 Centimes, die er bekanntlich dekretirt. Die Kammer scheidet ihm das Wort ab und verlangt mit Ungehörm den Schluß der Debatte.

Picard erhält das Wort gegen denselben. Er warnt die Kammer, mit ihren Debattenschlüsseln nicht so ungeschüm vorzugehen. Im vorliegenden Fall habe man den Gegenstand kaum berührt, und von je her sei es Regel gewesen, daß ein Mitglied der Opposition immer das Wort nach dem Regierungskommissär erhalte. Das Auftreten der Kammer sei um so weniger gerechtfertigt, als es sich um einen Kollegen handle, der wegen einer persönlichen Sache Erklärungen abgeben wolle. Die Ministerien lassen ihr „La clôture“ desto lauter ertönen. Der Schluß der Debatte wird ausgesprochen und das Amendement mit 223 gegen 23 Stimmen verworfen.

*** Paris, 14. März.** Der „Abendmoniteur“ spricht sich heute über die Donaufürstenthümer-Konferenzen aus. Er erinnert daran, daß die gegenwärtigen Umstände nicht ganz dem, was das Protokoll vom Jahr 1859 in Aussicht genommen, entsprechen, und daß der Firman von 1861 Vorbehalte hervorgerufen hat, die zu jener Zeit in Konstantinopel von den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Preußens und Russlands formulirt worden. Erhebt sich nun die Mächte über die gegenwärtige Lage auszusprechen, mußten sie sich vorher unter sich und mit der Türkei einigen, und indem sie sich zu Paris in Konferenz versammelten, schlugen sie den geeignetsten Weg ein, der sie den früheren Vorgängen entsprechend, schnell zu dem von ihnen zu erreichenden Ziele führen soll. Dieselbe Konferenz hat sich auch mit der von europäischen Kommission abgehandelten Donauschiffahrts-Akte zu beschäftigen. Die Mitglieder dieser Kommission haben nun ein vollständiges Reglement über die Arbeiten an der Sullnamündung aufgestellt und in einer von ihnen unterzeichneten Konvention zusammengestellt. Die Konferenz wird die Konvention nun prüfen und ihr durch die förmliche Zustimmung der einzelnen Bevollmächtigten die Ratifikation ertheilen.

Baron v. Budeberg ist heute nach Paris zurückgekommen und hat sofort **Hrn. Drouin de Lhuys** seine Aufmerksamkeit gemacht. Bei dieser Zusammenkunft ist wahrscheinlich der Tag für die zweite Sitzung der Donaufürstenthümer-Konferenz festgesetzt worden. — **Kente 69.70, Cred. mob. 704.25, ital. Anl. 61.70.**

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 10. März. In dem Dementi, welches das offizielle Organ des Kriegsministeriums der Nachricht von russischen Truppenbewegungen gibt, heißt es u. A.: „Auf Grund der positiven Angaben können wir mit voller Gewißheit anzeigen, daß bis zur Zeit im Militärdepartement keinerlei Anordnungen getroffen worden sind, welche zu dem Gerüchte von der Konzentration unserer Truppen an irgend einem Punkte hätten Anlaß geben können; sämtliche Truppen befinden sich in ihren Winterquartieren.“ — Bei Besprechung der Donaufürstenthümer-Angelegenheit bemerkt die heutige Ausgabe des „Peterb. Ztg.“: „Hier in Petersburg hat man gerechtes Mißtrauen gegen Oesterreich, wie man umgekehrt in Oesterreich Rußland nicht traut.“

Schweden und Norwegen.

Christiania, 12. März. (Nat.-Ztg.) Das hier versammelte Storting hat sich für die Einjährig dienende Heer entschieden. Die norwegische Armee würde aus Rekruten und Freiwilligen bestehen und in Friedenszeit 10,000 Mann, in Kriegszeit dagegen 15,000 Mann und darüber umfassen.

Amerika.

*** New-York, 1. März.** (Per „Europa“.) Bis jetzt kann der Präsident sich großer Erfolge seiner Vötopolitik rühmen, da von allen Theilen des Landes zustimmende Adressen und Depechen einlaufen. Nur mit seiner Washingtoner Rede sind Viele nicht einverstanden, und die Legislatur von Massachusetts hat gegen seinen Angriff auf Sumner ausdrücklich als gegen eine dem genannten Staate speziell angehängene Beleidigung protestirt. Der Präsident wird demnächst, wie es heißt, einen Schritt weiter gehen, und in einer Proklamation erklären, daß der Friede im Süden fest begründet sei, und somit den Südstaaten wieder gestattet sein solle, sich, der Verfassung gemäß, ohne Einmischung des Militärs selbst zu regieren; nur das Freedmen's-Bureau bleibe zum Schutz der Farbigen noch ein Jahr lang in Kraft. Die Stimmung des Kongresses wird durch beavertige Gerüchte nicht unangenehm gegen das Staatsoberhaupt. Die Diskussion gegen dessen Rekonstruktionspolitik dauert fort und der Ton ist kein sehr freundlicher. Im Repräsentantenhaus hatte Deaman eine Bill behufs Amendirung und Aufrechthaltung der Freedmen's-Bureau-Bill eingebracht, und auch sonst fehlte es nicht an Resolutionen, deren Spitze gegen den Präsidenten gerichtet war. Der Militärausschuß des Repräsentantenhauses wird diesem ebenfalls eine Bill zur Reorganisirung des Heeres vorlegen. — **General Grant** ist nach Washington abgereist, nachdem er hier viel gefeiert worden war und von der Kaufmannschaft 100,000 Pfd. zum Geschenk erhalten hatte. — Die Fenier halten fortwährend Beratungen, wie England

am besten zu schädigen sei. Ihr Pittsburger, eben erst verlagter Kongreß beschloß eine Adresse zur sofortigen Bewaffnung und Kriegsbereitschaft. In New-York ist eine andere von 125 ehemaligen irischen Unionsoffizieren gezeichnete Adresse veröffentlicht worden, welche ebenfalls auf rasche That bringt, und eine Fenierversammlung in Washington soll beschloffen haben, einen Handstreich auf Britisch Columbia zu wagen, um von dort aus Kaperschiffe gegen England in die Welt zu senden. Gleichzeitig treffen aus Canada Berichte (oder Gerüchte) von Raubzügen bewaffneter Fenierbanden auf dortige Banken ein. Die amerikanische Regierung aber will den Fenieren angeblich mit einer Proklamation entgegengetreten, die ihnen strenge Beobachtung der Neutralitätsgesetze ans Herz legt.

Baden.

Mannheim, 13. März. In der gestrigen Nummer des „Mannh. Journ.“ nimmt der bisherige Redakteur des Blattes, **Dr. W. Koffka**, von seinen Lesern Abschied. Sein Nachfolger ist **Dr. Andrä**, der sich heute bei seinen Lesern einführt.

*** Pfullendorf, 12. März.** Die fortwährende Stetigkeit im Sinken der Getreidepreise beängstigt auch die Gemüther der Landwirthe in hiesiger Gegend, die sich zu einer Berathung über Abhilfe und Ertrag des Ausfalls in den ökonomischen Ertragsnissen zahlreich versammelt haben. Dabei wurde nachgewiesen, daß der tiefe Stand der Fruchtpreise der Ueberführung der süddeutschen Fruchtmarkte durch ungarisches Getreide beizumessen sei und daß eine Aenderung dieses Zustandes nicht in Aussicht sei; denn durchschnittlich werde im Herzen von Ungarn der babilische Zentner Frucht zu 1 fl. 30 kr. angekauft und der Transport in hiesige Gegenden belaufe sich nur auf 2 fl. 30 kr.; im Ganzen koste somit ein solcher Zentner nur 4 fl., während die babilische Frucht per Zentner um 5 fl. zu stehen kommt; dem Handel mit ungarischer Frucht sei daher bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen die Spekulation sehr günstig und dadurch eine anderweite Verwendung des Bodens als zum Fruchtanbau bedingt, wenn der Landwirth bestehen soll. Für hiesige Gegenden wurde die Anlage von Hopfengärten in den geschützteren Lagen empfohlen, und sind auch schon einige Landwirthe der Aufforderung nachgefolgt; sodann Verbesserung und Vermehrung der Obkultur und Verbesserung der Viehkultur zur Vergrößerung des Viehstandes, da in Folge der Kinderpest in den Niederlanden und anderwärts die Nachfrage nach Vieh eine bedeutend erhöhte geworden. — Der Winter ging mit Ausnahme der hier nie fehlenden rauhen Winde bis jetzt ziemlich gelinde vorüber; die Kälte stieg nur bis zu 6 bis 8 Gr.; vom Frühjahr spürt man wenig, doch haben sich an sonnigen Tagen bereits Gänseflügel hervorgewagt.

Bemischte Nachrichten.

— **Kassel, 13. März.** (Kass. Z.) In der von der altbessischen Ritterschaft vorgenommenen Erbschaft eines ritterschaftlichen Landtags-Abgeordneten für den Prinzen Moritz von Hanau, bei welcher sich 34 Wahlberechtigte beteiligten, ist **Dr. Bobo v. Trotz** zu Zinshausen mit 33 Stimmen zum Landtags-Abgeordneten für den demaligen Landtag gewählt worden.

— **Kostock, 10. März.** (G. A.) Der Professor der Rechte **v. Maibom** und der Professor der Geschichte **Boigt** verlassen zu Osnern die hiesige Universität, Jener einem Ruf nach Erlangen, Dieser einem solchen nach Leipzig folgend. Die Studierenden veranstalteten gestern für Beide einen Fackelzug, woran sich ein Commers angeschlossen, zu welchem nach neuerer Sitte auch die Professoren geladen waren. Das Fach **v. Maibom's** (deutsches Privatrecht) übernimmt der bisher das Kriminalrecht verlebende Professor **Böhlau** und in des Letztern Fach tritt der von Göttingen berufene Professor **v. Bar** ein. Die Professur der Geschichte hat zur Zeit noch nicht wieder besetzt werden können.

— **Berlin, 12. März.** Der „Wester-Ztg.“ wird von hier mitgetheilt: „Von zuverlässiger Seite erfahren wir zu unserm Bedauern, daß keine Aussicht vorhanden ist, daß die preussische Regierung die Ausführung der Nordpol-Expedition in die Hand nehmen werde. Das Gutachten, welches **Dr. Professor Dove** über die von der Expedition zu erwartenden Ergebnisse für die Wissenschaft abgegeben hat, lautet so entschieden ungünstig, daß die königl. Regierung auf die Autorität desselben die Beteiligung an dem Unternehmen ablehnt. Das Zustandekommen des Unternehmens wird nun davon abhängen, ob das anfänglich im deutschen Volk, namentlich in den Küstengegenden, demselben zugewandte Interesse nachhaltig genug ist, um die großen Mittel aufzubringen.“

— **Berlin, 14. März.** Der Ausschuß der preussischen Bank beantragt für das Jahr 1865 eine Dividende von 10^{1/16} Proz.

— Die Kantonsregierung zu **Karau** hat sich nunmehr entschlossen, auch die Ruine der Burg zu Baden, welche auf die verruchte Tödtung Kaiser **Albrecht's II.** herabsah, dem drohenden Verfall durch Restaurirung zu entreißen. Diese soll in der Weise vor sich gehen, daß die Ruine in ihrer jetzigen Gestalt erhalten bleibt und nur vor weiterer Zersörung geschützt wird.

* Aus **Malta** wird vom 12. d. telegraphirt: Aus **Alexandrien** kommt die amtliche Meldung, daß die Cholera dort neuerdings aufgetreten sei. In Folge dessen werden alle von daselbst einlaufenden Schiffe in Malta einer 30tägigen Quarantaine unterzogen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

14. März	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27 3.13	+ 1.5 R.	ganz bew.	trüb.	Schneegefäß.
Mittags 2 "	3 37	+ 3.3 R.D.			
Nachts 9 "	4 03	+ 0.5	schw.	sternhell.	frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 16. März. 1. Quartal. 34. Abonnementsvorstellung. **Die weiße Dame**; komische Oper in 3 Akten, von Volzleben.

Sonntag 18. März. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement und erhöhten Preisen: **Die Afrkanerin**; große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Meyerbeer.

3.e.997. Heidelberg. Dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern innigst geliebten Gatten, Vater, Bruder, Neffen und Schwager, Karl Wilhelm Gause, heute früh nach schwerem Leiden im 41. Lebensjahre in ein besseres Jenseits abzurufen. Um stille Theilnahme bitten, Heidelberg, den 14. März 1866, Die trauernden Hinterbliebenen.

3.e.990. So eben ist erschienen und in jeder Buchhandlung zu haben, in Karlsruhe in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung vorräthig: Aus der Bühnenwelt. Biographische Skizzen und Charakterbilder von Ferdinand Gleich, Sekretär am deutschen königl. Landestheater zu Prag. 2 Bändchen. Preis: 2 fl. 12 kr. (Verlag von G. Neuberger in Leipzig.)

K. Baugewerkschule in Stuttgart.
Eröffnung des Sommerkurses.
Die Baugewerkschule hat den Zweck, durch systematischen, sowohl in theoretischer als praktischer Richtung zu ertheilenden Unterricht künftige Baugewerksmeister (Maurer, Steinbauer und Zimmerleute), sowie sonstige niedere Hoch- und Wasserbau-Ingenieure und Geometer für ihren Beruf auszubilden. Dieser Unterricht wird sowohl im Sommer als im Winter erteilt, doch die Schüler ihre Studien, welche je nach Umständen 2 bis 5 Semester umfassen, nach freier Wahl, entweder bloß in Wintersemestern, oder in Winter- und Sommersemestern, machen können.
Die Unterrichtsgegenstände sind:
Im ersten Kurs: Deutsche Sprache, französische Sprache, Geschichte, Geographie, Kalligraphie, Arithmetik, Anfangsgründe der Geometrie, geometrisches Zeichnen, Freihandzeichnen.
Im zweiten Kurs: Deutsche Sprache, französische Sprache, Plan- und Kapitärschriften, Algebra, Geometrie und Stereometrie, Bauzeichnen, Ornamentzeichnen.
Im dritten Kurs: Naturlehre, darstellende Geometrie, praktische Geometrie, Trigonometrie, Bauzeichnen, Ornamentzeichnen, Steinbauformenlehre, Steinbauformenlehre, Schattirungslehre und Perspektive; Bauzeichnen, Ornamentzeichnen nach Modellen, Baumatcrialienkunde, Holzbauformen- und Gebäudefunde, Holzkonstruktionslehre, Bauausführung und Baugesetz, Feuerungslehre, Baugeschichte (griechischer und römischer Baukunst).
Im fünften Kurs: Ornamentzeichnen, landwirthschaftliche Gebäudefunde, Eisenkonstruktion, Schreiner-, Maler-, Schlosserarbeiten u. s. w., Entwerfen von Baukonstruktionen, Entwerfen von Gebäuden, Baugeschichte (romantischer, gotischer, Renaissance-Baustil), Baukostenberechnung, Wege- und Brückenbau.
Zur Aufnahme in die erste Klasse werden mindestens diejenigen Kenntnisse verlangt, welche in einer guten Volksschule erworben werden können. Für die Aufnahme in eine der höheren Klassen ist der Nachweis derjenigen Kenntnisse erforderlich, welche je in den vorangegangenen Klassen erworben werden können.
Der Unterrichtsgeld beträgt für einen ganzen Kurs 12 fl. Der diesjährige Sommerkurs beginnt am 5. April und schließt am 14. August. Anmeldungen können schriftlich oder mündlich erfolgen, doch sind dabei Nachweise beizubringen über die Zustimmung der Eltern oder Vormünder zum Schulbesuch, über Alter, Heimath, sittliches Verhalten und Vorbildung.
Stuttgart, den 10. März 1866.
Die Direktion der Baugewerkschule.
von Ggle.

3.e.939.
3.e.965.
Feuerversicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.
Geschäfts-Ergebnisse pro 1865.
Das Versicherungs-Kapital der Anstalt laut Ausweis des vorjährigen Rechnungsbuchs am Schluß des Jahres 1864 in Kraft mit 1,000,000 fl. erhielt im Jahre 1865 einen Netto-Zugang (abzüglich aller aufgehobenen und abgelaufenen Versicherungen) von 52,195,337 fl. betrug somit ultimo Dezember 1865 1,426,764,783 fl. Für Brand-Entschädigungen wurden an 245 Brand-Verfallene vorausgezahlt mit 334,157 fl. und seit dem Bestehen der Anstalt 4,884,762 fl.
Deckungsmittel sind:
Das ursprünglich baar eingezahlte Garantie-Kapital von 3,000,000 fl.
Der kompletirte Reservefonds von 1,000,000 fl.
Die Prämienreserve von 295,242 fl.
4,295,242 fl.
Die Bank versichert Gebäude, Mobilien, Waaren, Maschinen, Feldfrüchte, Vieh u. c. gegen Feuer- und Blitzschaden (auch kalten Schlag) zum vollen Werthe und findet bei derselben keine in vornhinein bestimmte Abminderung der Entschädigung statt; auch leistet die Bank Ersatz für das beim Brande Abhanden-gekommen.
Die Anwendung von transportablen Dampfmaschinen (Lokomotiven) als bewegende Kraft für landwirthschaftliche Maschinen jeglicher Art ist durchaus unter einfachen, nicht lästigen Bedingungen gestattet.
Im Falle einer Vorauszahlung der Prämie gewährt die Bank alle jene Vortheile, welche andere solide Versicherungsanstalten einräumen.
Zur Vermittlung von Versicherungen unter Zusage billiger Prämien und prompter Entschädigung im Unglücksfalle erboten sich die Agenten:
Naimund Bregenzler in Karlsruhe,
Oscar Graf in Pforzheim (Kaufmann),
Leo Kirchgeßner, Rathschreiber in Flebingen,
Jof. Klinger, Kommissionär in Wiesenthal,
Jaf. Knab, Schmiedemeister in Langenfeinbach,
J. S. Martin, Geometer in Weingarten,
F. A. Schenk, Rfm. in Pforzheim,
Karl Walther, Rathschreiber in Sondersheim,
Karl Aug. Zoberst, Rfm. in Knielingen.

Wechsel-Geschäft.
3.e.977. Karlsruhe. An- und Verkauf amerikanischer Staatspapiere, Coupons, Gold, Silber und Papiergeld, Wechsel in beliebigen Beträgen auf New-York, Philadelphia, San-Francisco und alle größeren Städte in den Vereinigten Staaten bei Simeon Auerbach, Neuperer Viertel Nr. 3, eine Treppe hoch. Mai-Coupons werden jetzt schon gekauft.
3.e.969.
Großh. Bad. 35-fl. Serien-Loose.
Gewinnziehung am 31. März.
Haupttreffer fl. 40,000, 10,000, 4000, 5 mal 2000, 12 mal 1000, 20 mal 250 sind billigt zu haben bei Weismann & Mayer, Bank- und Wechselgeschäft Mainz.

Cis zum Füllen der Ciskeller
kann in größeren Quantitäten ab Bahnhofs Aghern billigt abgegeben werden. Auskunft ertheilen: in Nassau: D. Streib, in Aghern: Braun, Bierbrauer, in Baden: Kaufmann & Söhne, in Lahr: Post, Bierbrauer. [3.e.858.]

3.e.989. In der J. G. Riemann'schen Hofbuchhandlung in Koburg ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Karlsruhe in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung: Unsere Pferde als Folgen der Anglo-manie. Ein Beitrag zur deutschen Nationalökonomie von Dr. Jannasch, Rittergutsbesitzer. 4te vermehrte und verbesserte Auflage. Preis 54 kr. Die rasch hintereinander folgenden neuen Auflagen geben das beste Zeugniß von dem gediegenen Inhalt.
3.e.991. Karlsruhe.
Das Konzert
von Prof. Fering auf dem **Vetro-Cembalino**, Orgelliedern, Pianino, abwechselnd mit Pianoforte, wird nächsten Montag den 19. März im großen Museumsaal für das Gesamtpublikum stattfinden.
Zu verkaufen.
3.e.931. In dem Pfarrhause zu Lichtenau ist eine vierstücker, ganz abgedeckte, einräumige Chaire, sowie ein Pferdegeschirr zu verkaufen.

Meisender-Gesuch.
3.e.967. Eine Weinhandlung in Offenburg sucht einen gewandten Reisenden. Bei entsprechenden Leistungen wird hohes Salair zugesichert. Offerten nebst Referenzen unter K. C. an die Expedition dieses Blattes.
Küferkellner.
3.e.973. Ein gut empfohlener junger Mann, welcher seit 9 Jahren in Hotels 1ten Ranges und Weinhandlungen thätig war, gute Zeugnisse aufzuweisen hat, sucht Stelle in einem Hotel oder einer Weinhandlung. (Alter 23 Jahre, Rheingauer.) Franko Offerte beliebe man unter 3.e.973 an die Expedition dieses Blattes gelangen zu lassen.
Commisgesuch.
3.e.883. Ein angehehrer junger Mann, der französischen Sprache mächtig, wird zum sofortigen Eintritt in ein Cigarren- und Glaswaaren-Geschäft gesucht. Das Nähere zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.
3.e.854. Basel.
Gesucht.
Gefällige Cigarrenmacherinnen finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung in der Fabrik von J. Thierry in Basel.
3.e.966. Basel.
Reelles Heiraths-Gesuch.
Ein Geschäftsmann (Schweizer), der ein eigenes Vermögen von 40,000 Fr. besitzt, wünscht sich mit einer Dame zu verheirathen, welche ihm mindestens 20,000 Fr. als Heirathsgut mitbringt und die nöthigen Eigenschaften besitzt, um sich des Hauswesens und theilweise der Leitung des Geschäfts annehmen zu können. Auf strengste Discretion kann gezählt werden. Gefällige frankirte Offerten mit Photographien (die gewissenhaft zurückgeschickt werden) befordert das Annoncen-Bureau der Herren Haasenstein und Vogler zu Basel unter Chiffre D. A. 76.
3.e.680. Waldobrunn.
Zu verkaufen
sind dem Unterzeichneten übertragene: im badischen Oberland und der Schweiz mehrere Landgüter und Bauernhöfe, Wasserwerke für Fabriks-einrichtungen, Mühlen, Gerbereien, Bierbrauereien, Gasthöfe, Wirthschaften, Wohn- und Geschäftshäuser u. s. w.
F. Bornhauser, Kommissionär in Waldobrunn.

3.e.879. Stuttgart.
Zu verkaufen sind:
Die großh. bad. Regierungsbücher von deren Entstehung 1803 bis mit 1865, und zwar:
a) in 7 Bänden von 1803 über alle Gesetze und Landesverordnungen, nebst einem Register- und Namensverzeichnis bis mit 1833;
b) in 33 Bänden von 1834 bis mit 1865.
Der Jahrgang 1849 besteht aus einem Bande, vom 16. Mai bis 16. Juni (Zeit des regierenden Landes-ausschusses) und einem Bande der bad. Regierung. Sämmtliche Jahrgänge sind vollständig, gut erhalten und hübsch gebunden. Preis 44 Gulden.
Stuttgart, den 10. März 1866.
Schmid, gr. bad. Oberzollinspektor a. D.
3.e.959. Nr. 178. Biegehausen. (Hof-) verleiher u. s. w.) Aus Domänenwaldungen verleiher wir mit Vorzug bis Martini 1866 Freitag den 23. März.

aus den Abtheilungen Heisebel, Eichwald und Altenwald:
116 forlene und 19 Fischräume, 128 Stück forlene Deichel, 206 Stück forlene und 215 Stück lachene Stangen.
Samstag den 24. März, aus denselben Abtheilungen:
96 Kfir. forlenes Scheitholz, 243 Kfir. forlenes und 3 Kfir. eichenes Prügelholz und 4525 Stück forlene Wellen.
Dienstag den 27. März,
1) aus der Abtheilung Brunnenberg bei Schönau: 13 Kfir. buchenes und 12 Kfir. eichenes Scheitholz; 17 Kfir. buchenes, 16 Kfir. eichenes und 4 Kfir. birkenes Prügelholz; 16 Kfir. buchenes und 99 Kfir. eichenes Klotzholz und 8500 Stück gemischte Wellen;
2) aus der Abtheilung Kalkofenberg: 253 Stück birkenes Bognerlangen und 3 Loose un-aufbereitetes Birkenreißig;
3) aus der Abtheilung Kandelgrund: 10 Kfir. buchenes Scheitholz, 14 Kfir. beßgl. Prügelholz und 1475 Stück buchene Wellen.
Die Veranhandlung findet am 23. und 24. März im Oben zu Heiligkreuzheim, am 27. im Hirsch dahier statt, und beginnt jeweils früh 9 Uhr.
Biegehausen, den 14. März 1866.
Großh. bad. Bezirksforstrei. Schiller.

3.e.229. Nr. 2405. Ettenheim. (Offentliche Aufforderung.) Der dem großh. 2. Füsiliebataillon zugetheilte Rekrut David Weil von Erbschweier hat sich unerlaubt aus seiner Heimath entfernt, und wahrscheinlich nach Warschelle begeben. Derselbe wird aufgefordert, binnen 4 Wochen zurückzukehren und sich dabei zu stellen, bei Vermeidung, daß sonst die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens wegen Refraktion gegen ihn beantragt werden wird. Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt. Ettenheim, den 12. März 1866.
Großh. bad. Bezirksamt. Schneider.
3.e.235. Aghern. (Aufforderung.) Der Rekrut Alois Holz von Gamsbuch wird auf Antrag der großh. Staatsanwaltschaft der Refraktion beschuldigt und Tagfahrt zur Hauptverhandlung auf Samstag den 24. März d. J. früh 9 Uhr, angeordnet; wozu derselbe mit dem Bedrohen anber vorgeladen wird, daß im Falle seines Ausbleibens das Urtheil nach dem Ergebnis der Untersuchung werde gefällt werden.
Aghern, den 12. März 1866.
Großh. bad. Amtsgericht. Himmel.
3.e.222. Nr. 3368. Nassau. (Bekanntmachung.) S. H. E. gegen Bernhard Schick und Genossen von Kuppenheim, wegen Diebstahls. Bernhard Graf von Kuppenheim, z. B. von Hause abwesend, soll in obiger Untersuchungssache einvernommen werden. Wir bitten, uns den derzeitigen Aufenthaltsort desselben anzuzeigen.
Nassau, den 10. März 1866.
Großh. bad. Amtsgericht. Stein.
3.e.900. Lahr. (Dienstantrag.) Die diesseitige erliche Steuergehilfenstelle mit einem Jahresgehalt von 500 fl. ist wegen Verödung des seitverigen Gehilfen alsbald wieder zu besetzen. Lusttragende wollen sich in Bälde anher melden. Lahr, den 9. März 1866.
Großh. Hauptsteueramt. v. Stetten.

Frankfurt, 14. März 1866.		Staatspapiere.		Anlehens-Loose.	
Desterr.	Per cent.	Oldbn.	Per cent.	Per cent.	Per cent.
5 1/2 Met. i. S. b. R.	72 1/2	4 1/2 Obligation.	100 1/2	250 fl. b. R. 1839	139 1/2
5 1/2 do. 1852 l. R.	72 1/2	Raffan 4 1/2 Obl. b. R. 1853	100 1/2	250 fl. 1854	73 1/2
5 1/2 do. 1859 "	69 1/2	" 4 1/2 do.	98 1/2	100 fl. R. 1858	133 1/2
5 1/2 do. 1864 "	66 1/2	" 3 1/2 do.	90 1/2	500 fl. b. R. 1860 1/2	78 1/2
5 1/2 Lomb. i. S. b. R.	83 1/2	Kr. 4 1/2 Obl. R. 1853	90 1/2	100 fl. b. R. 1864	81 1/2
5 1/2 Venet. G. b. R.	83 1/2	Br. 4 1/2 Obl. R. 1853	90 1/2	3 1/2 Br. R. R.	—
5 1/2 Met. i. S. b. R.	68 1/2	Br. 4 1/2 Obl. R. 1853	90 1/2	Schw. R. R. 10 l.	10 1/2
5 1/2 Met. R. 1854	60 1/2	Br. 4 1/2 Obl. R. 1853	90 1/2	Bad. 35-fl. Loose	54 1/2
5 1/2 Met. Obligat.	58 1/2	Frankf. 3 1/2 Obligation.	—	Kurb. 40-fl. R. b. R.	54 1/2
5 1/2 do. 1852 G. b. R.	51 1/2	" 3 1/2 do.	—	Gr. S. 50 fl. l. b. R.	143 1/2
4 1/2 Met. Obligat.	51 1/2	Rußl. 5 1/2 Obl. i. R. 1812	—	" 50 fl. " " "	39 1/2
4 1/2 do. b. R. 1853	—	Finnd. 4 1/2 Obl. i. R. 1815	—	Raff. 25-fl. l. b. R.	35 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	—	Schw. 36-fl. R. b. R.	—
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	—	Mail. 45-fl. R. b. R.	30 1/2
4 1/2 do.	—	Epan. 3 1/2 Obl. i. R. 1815	—	2 1/2 Br. R. b. R.	—
4 1/2 do.	—	2 1/2 Obl. i. R. 1815	—	3 1/2 Bordeaux 100 fl. R.	80 1/2
4 1/2 do.	—	Belgien 4 1/2 Obl. i. R. 1815	107 1/2	And. -Gummen l.	10 1/2
4 1/2 do.	—	Schw. 4 1/2 Obligation.	87 1/2	Wechsel-Kurse.	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Amsterdam l. S.	100 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Antwerpen	94 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Augsburg	99 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Berlin	104 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Bremen	97 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Breslau	94 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Gen.	104 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Hamburg	88 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Leipzig	104 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	London	119 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Milano	94 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Russland	99 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Paris	94 1/2
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	60 à 90 L.	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	l. S. 115 1/2	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Disconto 4 1/2	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Gold und Silber.	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Sibolen fl. 9 46-47	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	" doppelt 9 47-48	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Preuß. R. R. 9 56-57	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Goll. R. 10 fl. 9 51-52	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Romb. Ducat. 5 36-37	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	20-Francst. 9 28-29	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Engl. Cover. 11 54-56	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Russ. Imper. 9 47-48	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Goll. pr. R. 812-817	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Alte R. R. 30 24 fl.	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Goll. R. R. 30 12 fl.	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Goll. R. R. 52 15-45	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Goll. R. R. 1 44 1/2-45	
4 1/2 do.	—	4 1/2 Obl. i. R. 1815	87 1/2	Doll. in Goll. 2 28-29	

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. (Mit einer Beilage.)